

## **DIE ENERGIEWENDE WEITER DENKEN UND BESCHLEUNIGEN**

1 Die Energiepolitik steht vor einer epochalen Herausforderung – bei uns in Baden-Württemberg,  
2 in Deutschland, in Europa, aber auch weltweit. Die Probleme der Klimaveränderung, des wach-  
3 senden Energiehungers, der zunehmenden Rohstoffknappheit und der steigenden Energiepreise  
4 müssen durch Versäumnisse in der Vergangenheit nun alle gleichzeitig gelöst werden. Mit unse-  
5 ren heutigen Antworten müssen wir kommenden Generationen die Zukunft erhalten und dür-  
6 fen sie ihnen nicht verbauen. Der in diesem Mai veröffentlichte Bericht der KlimaforscherInnen  
7 des „Club of Rome“ zeigte erneut die dramatischen Auswirkungen eines ungebremsen Klima-  
8 wandels auf. Wir tun immer noch so, als könnten wir vier Erden „verbrauchen“ - dabei sind die  
9 Ressourcen unseres Planeten für ein nachhaltiges Leben auf unserem Globus begrenzt. Dem  
10 Bericht der KlimaforscherInnen zufolge wird der Anstieg der globalen Treibhausgasemissionen  
11 erst 2030 ihren Höhepunkt erreicht haben - zu spät, um das weltweit vereinbarte Ziel eines be-  
12 grenzten Temperaturanstiegs um zwei Grad, halten zu können. Erneuerbare Energien, Effizienz-  
13 steigerungen und Energieeinsparung sind für uns die entscheidenden Hebel, die notwendigen  
14 Klimaschutzziele zu erreichen und die Energieversorgung nachhaltig zu modernisieren. Den Er-  
15 neuerbaren Energien gehört die Zukunft. Wir wollen heute die Weichen für diese Zukunft stel-  
16 len und nehmen dafür die politische und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit anders geleit-  
17 teten Interessen auf. Die geplanten Einschnitte der Bundesregierung bei der Photovoltaik zei-  
18 gen, dass wir dafür sorgen müssen, dass die Energiewende auch für Investorinnen und Investo-  
19 ren zuverlässig planbar ist. Deshalb braucht es mutige Politik, die bereit ist, die Energiewende  
20 weiterzudenken und zu beschleunigen.

21 Seit unserer Gründung und unserem Einzug in den Landtag sowie in die kommunalen Parla-  
22 mente sind wir Grünen in Baden-Württemberg die treibende Kraft in der Energiepolitik. Wir ha-  
23 ben seit den achtziger Jahren im Land und in den Kommunen energieeffizienteres Bauen bezie-  
24 hungsweise. Sanieren durchgesetzt und die Nutzung der Wind- und Sonnenenergie vorange-  
25 bracht. Wir waren und sind beim Klimawandel die treibende Kraft für CO<sub>2</sub>-Einsparziele in vielen  
26 Kommunen. Die Energiewende vor Ort hat mit der Rekommunalisierung von Stromnetzen  
27 durch uns Grüne ein Gesicht bekommen. Mit dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) und dem  
28 rot-grünen Atomausstieg haben wir das Fundament für die Energiepolitik der Zukunft gelegt.

29 Wir Grüne Baden-Württemberg waren in den letzten Jahren durch unser engagiertes Auftreten  
30 in den Kommunen und auf Landesebene die treibende Kraft beim Rückkauf der Stromnetze –  
31 auch bundesweit. Vielerorts wurden neue Stadtwerke gegründet, befinden sich in der Grün-  
32 dungsphase wie in Stuttgart oder übernehmen bestehende Stadtwerke die örtlichen Stromnetze  
33 in Eigenregie. Die Kommunen begreifen die Energiepolitik vor Ort wieder verstärkt als Bestand-  
34 teil der kommunalen Daseinsvorsorge und nehmen diese zum Teil in die eigene Hand. Die  
35 Stadtwerke steigen verstärkt in die dezentrale Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energie-  
36 quellen ein, die von den großen Energieversorgungsunternehmen (EVU) in den letzten Jahr-  
37 zehnten sträflich vernachlässigt worden ist. Engagierte Stadtwerke mit ihrer traditionell starken,  
38 lokalen Verankerung sind deshalb auch nach Fukushima starke Partner bei der Umsetzung der  
39 Energiewende vor Ort. Dezentrale Erzeugung und der steigende Anteil Erneuerbarer Energien  
40 stellen höhere Ansprüche an die Stromnetze. Sie dafür zu ertüchtigen, erfordert den koordinier-  
41 ten und engagierten Einsatz aller Beteiligten. Dabei kann eine kleinteilige Betreiberstruktur in  
42 der Umsetzung Probleme mit sich bringen. Soll die Energiewende gelingen, müssen die Themen  
43 Speicherung und Netzintelligenz zur Synchronisierung von Erzeugung und Bedarf zwangsläufig  
44 in größeren Netzzusammenhängen gedacht werden. Damit die Vorteile von Stadtwerkstruktu-  
45 ren und der Rekommunalisierung mit den Vorteilen großräumiger Netzstrukturen gleicherma-  
46 ßen genutzt werden können, setzen wir Grüne uns dafür ein, die politischen Rahmenbedingun-  
47 gen die das EnWG (Energiewirtschaftsgesetz) vorgibt so umzugestalten, dass die Stadtwerke  
48 und die großen EVUs im Land ihre Stromnetze nicht weiterhin in Konkurrenz zueinander betrei-

49 ben müssen, sondern dass diese zukünftig gesellschaftsrechtlich auf Augenhöhe miteinander  
50 betrieben werden. Es ist auch zu prüfen, wo sich die öffentliche Hand verstärkt in den Um- und  
51 Ausbau der Stromnetze einbringen soll.

52 Seit Dezember 2010 hat sich Entscheidendes in Baden-Württemberg verändert. In der Folge  
53 von Fukushima wurde die von uns heftig kritisierte Laufzeitverlängerung wieder rückgängig  
54 gemacht und in Baden-Württemberg gingen nach Obrigheim mit GKN I und KKP I zwei weitere  
55 AKWs vom Netz. Das Land wurde selbst Anteilseigner an der EnBW und damit am drittgrößten  
56 deutschen Stromkonzern. Daraus ergeben sich große Chancen für eine entscheidende Weiter-  
57 entwicklung der Energiewende, die diesen Namen auch verdienen soll. Wir Grünen wollen diese  
58 Chance nutzen und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, um den Ausbau der Erneuer-  
59 baren Energien massiv voranzubringen und gleichzeitig die Versorgungssicherheit im Land zu  
60 gewährleisten.

61 Unsere 10 Bausteine für ein neues Fundament der Energieversorgung auf einen Blick:

- 62 **1. EEG auf die Erfolgsspur zurückführen** – Wir wollen den Solarstrom zu einem  
63 echten Eckpfeiler der Energiewende machen, statt das EEG heute schon faktisch  
64 abzuschaffen.
- 65 **2. Windland Baden-Württemberg** – Wir machen Baden-Württemberg endlich zum  
66 Windland, zum Wohle des Klimaschutzes und der Arbeitsplätze im Land.
- 67 **3. Stromnetze jetzt intelligent ausbauen** – Wir wollen die Stromnetze intelligenter  
68 machen und ausbauen, damit auch in Zukunft die Stromversorgung eine sichere  
69 Sache bleibt.
- 70 **4. Kapazitätsmärkte ermöglichen** – Wir wollen die Diskussion um einen Strom-  
71 Kapazitätsmarkt führen, damit Ersatz- und Spitzenlastkraftwerke wirtschaftlich  
72 betrieben werden können.
- 73 **5. Kommunen und EnBW zusammen denken** – Wir wollen die EnBW zum Pionier in  
74 Sachen Klimaschutz machen und gleichzeitig die Kommunen unterstützen.
- 75 **6. Investieren statt Kürzen** – Wir wollen massiv investieren, statt zu kürzen und die  
76 Zukunftsherausforderung Energiewende zu verschlafen.
- 77 **7. Effizienzrevolution** – Wir wollen eine Effizienzrevolution in Wirtschaft und  
78 privaten Haushalten anstoßen, denn klar ist: ohne große Anstrengungen in  
79 Sachen Effizienz und Wärme wird die Energiewende scheitern.
- 80 **8. Energiewende in BürgerInnenhand** – Wir wollen die Energiewende in die Hand  
81 der Bürgerinnen und Bürger legen, denn nur mit den Menschen gemeinsam wird  
82 es uns gelingen, Blockaden und Probleme der Zukunft zu meistern.
- 83 **9. Neue Energie für den ländlichen Raum** – Wir wollen die ökonomischen  
84 Entwicklungspotenziale der Erneuerbaren Energien für den ländlichen Raum aktiv  
85 nutzen, denn nur gemeinsam mit den Menschen und Kommunen in der Fläche  
86 kann die dezentrale Energiewende gelingen.
- 87 **10. Nachhaltig und klimaneutral mobil** – Wir wollen die begonnene Debatte mit der  
88 Automobilindustrie über die Zukunft der Mobilität weiterführen, denn ohne eine  
89 echte Verkehrs- wird es keine Energiewende geben.

### **Bilanz 1 Jahr Grün-Rot: Neue Energie für Baden-Württemberg**

90 Die BürgerInnen von Baden-Württemberg haben uns Grüne bei der Landtagswahl am 27. März  
91 2011 die Regierungsverantwortung übertragen. Seitdem arbeiten wir sowohl mit Hochdruck an  
92 der Energiewende im Land als auch daran, die Versäumnisse der schwarz-gelben Vorgängerre-  
93 gierungen zu überwinden.

94 Während in Baden-Württemberg in den letzten Jahren jeweils weniger als zehn neue Wind-  
95 kraftanlagen errichtet wurden, wurden in anderen Binnenländern wie beispielsweise das we-  
96 sentlich kleinere Nachbarland Rheinland-Pfalz 100 Windkraftanlagen und mehr pro Jahr neu  
97 errichtet. Um die Energiewende jedoch erfolgreich zu meistern, müssen bis zum Jahr 2020 im  
98 Land jährlich etwa 120 Windkraftanlagen der 3 Megawatt-Klasse neu errichtet werden. Nichts  
99 beschreibt die Untätigkeit und Ignoranz der alten Regierung besser, als diese nüchternen Zah-  
100 len. Für den Ausbau der sträflich vernachlässigten Windenergie (marginalisiert bei 0,8 Prozent  
101 Anteil am landesweiten Stromerzeugungsmix) wurde von uns das Landesplanungsgesetz geän-  
102 dert, damit überall, wo der Wind weht, auch Wind geerntet werden kann – und das nach den  
103 Regeln des gleichzeitig in Kraft gesetzten Windenergieerlasses, der die Einhaltung von Natur-  
104 und Artenschutz gewährleistet und gleichzeitig immissionsschutzrechtlichen Belangen wie  
105 Lärmbelastigungen gegenüber der Bevölkerung entgegen tritt.

106 Überall im Land gründen sich Energiegenossenschaften und wollen selbst einen Beitrag dazu  
107 leisten, die Energiewende in die Tat umzusetzen. Zudem wird die grün-rote Landesregierung  
108 noch dieses Jahr ein Klimaschutzgesetz auf den Weg bringen. Dem Klimaschutz wird somit zum  
109 ersten Mal in Baden-Württemberg Gesetzesrang gegeben. Bis 2020 peilen wir eine CO<sub>2</sub>-  
110 Einsparung von 25 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 an. Die dazu erforderlichen, konkreten  
111 Maßnahmen werden im Rahmen der Erstellung eines integrierten Energie- und Klimaschutzkon-  
112 zepthes bereits erarbeitet.

113 Parallel hierzu wird in diesem Jahr ebenfalls ein Energieatlas erstellt, mit dem die Potenziale zur  
114 Nutzung Erneuerbarer Energien für jede einzelne Kommune dargestellt werden sollen, damit die  
115 Städte und Gemeinden eine fundierte Datengrundlage haben, um ihrerseits die Energiewende  
116 vor Ort weiter vorantreiben zu können.

117 Die Haushaltsmittel für Energieeffizienzmaßnahmen haben wir deutlich erhöht und darüber  
118 hinaus für die kommenden Jahre jeweils 1,5 Mio. Euro jährlich bereitgestellt um Forschungs-  
119 und Entwicklungsvorhaben im Bereich "intelligente Netze" und „neue Speichertechnologien“  
120 voranzutreiben. Nach nur einem Jahr Regierungsarbeit wurde schon viel in die Wege geleitet.  
121 Wir sind die Herkulesaufgabe der Energiewende beherzt und mit Kraft angegangen.

### **122 Energiewende aus der schwarz-gelben Sackgasse befreien**

123 Die Energiewende in Deutschland steckt in einer Sackgasse. Die Menschen stehen hinter dem  
124 Atomausstieg und wollen die Energiewende. Die Widerstände der großen Energiekonzerne sind  
125 nach wie vor vorhanden und nicht zu unterschätzen. Doch an vielen Orten macht sich inzwi-  
126 schen geradezu Verzweiflung breit, weil die Bundesregierung planlos agiert und den Aufbruch  
127 im Land durch Nichtstun oder falsche Entscheidungen ausbremst. Deshalb braucht es 2013  
128 Grüne in Regierungsverantwortung nicht nur in Baden-Württemberg, sondern auch in Berlin,  
129 damit die Energiewende endlich kraftvoll vorangetrieben werden kann.

### **130 Baden-Württemberg – Schlüsselland für die Energiewende**

131 Um die deutschen und internationalen Klimaschutzziele zu erreichen, braucht es Vorbilder in  
132 Sachen Energiewende. Baden-Württemberg ist eine der am höchst entwickelten Industrieregio-  
133 nen Europas mit einer hohen Wertschöpfung und kann zu einem Vorbild für die Energiewende  
134 werden. Baden-württembergische Industrieprodukte sind weltweit gefragt. Wir Grünen können

135 nun beweisen, dass eine Industrieregion auf Erneuerbare Energien umschalten kann, ohne dass  
136 die Lichter ausgehen oder der Wirtschaftsmotor deshalb aufhört zu brummen. Eine zweite  
137 technische Revolution ist notwendig. Und wo sollte die besser gelingen als im Land der Tüftler  
138 und Erfinder? Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg zum Vorreiter und zum bundesweiten Leit-  
139 bild in Sachen Klimaschutz und Erneuerbare Energien zu machen.

#### 140 **Job- und Exportmotor Erneuerbare Energien anwerfen**

141 Der Ausbau der Erneuerbaren Energien wurde im vergangenen Jahrzehnt in Deutschland insge-  
142 samt aber auch in Baden-Württemberg zu einem wichtigen Jobmotor. Laut Zahlen des Bundes-  
143 umweltministeriums aus dem Jahr 2011 sind inzwischen 340.000 Menschen in der Branche der  
144 Erneuerbaren Energien beschäftigt. Nach den aktuellsten Zahlen aus dem Jahr 2008 waren al-  
145 lein in Baden-Württemberg rund 20.000 Menschen in diesem Bereich beschäftigt. So sind in  
146 Baden-Württemberg neben dem Handwerk im Bereich der Installateure, dem Bau-handwerk,  
147 der Elektroinstallateure und dem traditionellen Maschinenbau in Bereichen wie Turbinenbau für  
148 Wasserkraftanlagen, auch andere wichtige Akteure wie zum Beispiel die Getriebefertigung von  
149 Windkraftanlagen, die Entwicklung und Produktion von ganzen Fertigungsanlagen zur Herstel-  
150 lung von Photovoltaikmodulen, namhafte Wechselrichterhersteller und Hersteller für Befesti-  
151 gungssysteme für die Photovoltaik aber auch wichtige Forschungseinrichtungen angesiedelt. In  
152 den genannten Beschäftigten-Zahlen der Branche sind Beschäftigte der Zulieferindustrie des  
153 Maschinenbaus, der Elektrotechnik, des Schiffbaus zur Errichtung von Offshore-  
154 Windkraftanlagen oder der Schwerindustrie zur Stahlherstellung – nur um einige zu nennen –  
155 noch nicht einmal berücksichtigt. Wir wollen diesen Jobmotor richtig anwerfen. Nur so kann  
156 Baden-Württemberg auch in Zukunft ein boomender Export- und Industriestandort bleiben.  
157 Klimaschutztechnologie aus Baden-Württemberg wollen wir zum weltweiten Exportschlager  
158 machen.

#### 159 **Energiewende geht nur sozial gerecht!**

160 Die Energiewende ist auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit. Dabei geht es um die Bezahl-  
161 barkeit von Strom und Energie auch für diejenigen, die keinen Arbeitsplatz haben oder mit ei-  
162 nem geringen Einkommen eine Familie ernähren müssen. Für uns Grüne genießt die Versor-  
163 gungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Strom höchsten Stellenwert. Angstkampagnen be-  
164 züglich steigender Strompreise kritisieren wir. Klar ist: die Energiewende wird Geld kosten, aber  
165 Szenarien zur Steigerung der Stromerzeugungskosten um bis zu 70 Prozent sind völlig aus der  
166 Luft gegriffen und rein spekulativ.

167 Statt die Verbraucher zu verunsichern, wollen wir eine gerechtere Verteilung der Lasten, um  
168 steigende Strompreise zu verhindern. (So ist zum Beispiel in den letzten vier bis fünf Jahren der  
169 Börsen-Strompreis von über 80 Euro pro Megawattstunde auf heute 50 Euro pro Megawatt-  
170 stunde gefallen, weil die erneuerbare Energien andere, teure Erzeugungen aus dem Markt  
171 drängen

172 Mit einer dringend notwendigen Fortentwicklung muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz  
173 (EEG) auf diesen Umstand reagieren. Es genießen viel zu viele besonders energieintensive Un-  
174 ternehmen Ausnahmeregelungen. So werden im Jahr 2012 die vom Öko-Bonus befreiten Un-  
175 ternehmen zwar 18 Prozent des Gesamtstromverbrauchs verursachen, aber lediglich nur für 0,3  
176 Prozent der gesamten Umlage aufkommen. Wir Grüne sind überzeugt: wer viel verbraucht, darf  
177 nicht von der Mitverantwortung für die Energiewende fast völlig befreit werden und muss sich  
178 stärker als heute an der EEG-Umlage beteiligen. Davon werden insbesondere die Privathaushal-  
179 te und gewerblichen Kleinverbraucher profitieren, weil die höheren EEG-Kosten nicht länger auf  
180 sie alleine abgewälzt werden. So könnte die EEG-Umlage von jetzt 3,6 Cent auf 3 Cent fallen,  
181 wenn die Ausnahmeregelungen eingeschränkt würden. So kann es gelingen, die Energiewende  
182 sozial gerecht zu gestalten und die Wirtschaft bei der energiewende mit in die Verantwortung

183 zu nehmen aber nicht zu drangsalieren. Denn: Wer heute nicht in die Erneuerbaren Energien  
184 investiert, wird in Zukunft mit noch teureren Strom- und Energiepreisen die Zeche zahlen.

## 185 **10 Bausteine für die Energiewende**

186 Es geht um nichts weniger, als unsere Energiewirtschaft auf ein neues, nachhaltiges Fundament  
187 zu stellen. Wir Grüne in Baden-Württemberg wollen deshalb gezielt mit zehn Bausteinen die  
188 Energiewende im Land und in Deutschland voranbringen und beschleunigen.

### 189 **1. Baustein: EEG auf der Erfolgsspur halten**

190 „Zu teure“ Solarkraft? Die Erzeugungskosten für Solarstrom sind seit 2008 um über 60 Prozent  
191 gesunken. Der künftige Zubau wird die VerbraucherInnen in nur noch relativ geringem Maß zu-  
192 sätzlich belasten. Derzeit findet jedoch ein rasanter Preiskampf der Modulhersteller statt, der zu  
193 einer unvermeidbaren Marktberreinigung leider auch in Deutschland führt. Die EEG-Förderung  
194 kann dies nicht verhindern, daher muss sie an die Marktentwicklung angepasst werden. Mit der  
195 von der Bundesregierung geplanten und im Bundesrat jetzt gestoppten Novelle des EEG waren  
196 jedoch rabiante Einschnitte geplant, die über die absehbare Marktberreinigung hinaus die Solarin-  
197 dustrie in Deutschland bis ins Mark getroffen und großflächig zerstört hätte. Die geplante EEG-  
198 Novelle hat die Nähe des Wirtschaftsflügels der Union und der FDP zu den Großunternehmen  
199 geatmet. Deren Entlastung wird den kleinen Stromkunden – Haushalten und kleinen und middle-  
200 ren Unternehmen – aufgebürdet. Denn wesentliche Preistreiber bei der Solarförderung sind die  
201 ausufernde Befreiung energieintensiver Unternehmen von der EEG-Umlage, die jüngst erfolgte  
202 Befreiung von Netzentgeltgebühren derselben Unternehmen sowie die Managementprämie für  
203 unabhängig vom EEG vermarkteten Ökostrom.

204 Für uns Grüne ist und bleibt Solarstrom einer der Eckpfeiler der Energiewende. Um die gesetz-  
205 ten Klimaschutz- und EE-Ziele zu erreichen, müssen wir Solarenergie weiter kontinuierlich aus-  
206 bauen, anstatt den Zubau entsprechend dem Willen der Bundesregierung auf 900 MW bis  
207 2017 zu drosseln. Der Vermarktungszwang für SolaranlagenbetreiberInnen ist derzeit noch  
208 kontraproduktiv, stattdessen wollen wir einen Speicherbonus einführen und eine intelligente  
209 Weiterentwicklung des EEG. Beispiele wären hier eine asymmetrische Einspeisevergütung und  
210 die besondere Berücksichtigung der BiPV (Gebäudeintegrierte Photovoltaik) im EEG. Die grün  
211 geführte Landesregierung von Baden-Württemberg hat im Bundesrat maßgeblich dafür ge-  
212 sorgt, dass die Verschlechterungen beim EEG im Mai in den Vermittlungsausschuss verwiesen  
213 wurden. Dort werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass Rösler und Merkel und Co. der Solar-  
214 industrie aus der Sonne gehen.

### 215 **2. Baustein: Windland Baden-Württemberg**

216 Baden-Württemberg ist nicht nur von der Sonne verwöhnt, sondern in Teilen auch ein Wind-  
217 land. Zu den Windstrom-Kosten im Norden müssen auch die Kosten für den Ausbau der Über-  
218 tragungsnetze zum Transport des Windstroms nach Süddeutschland hinzugerechnet werden.  
219 Jedes in Baden-Württemberg aufgestellte Windrad und jede in Baden-Württemberg dezentral,  
220 erneuerbar erzeugte Kilowattstunde Strom, schmälert deshalb die Notwendigkeit und die Kos-  
221 ten des Ausbaus der Stromnetze, der von der Bundesregierung bisher verschleppt wird. Auch  
222 deshalb muss die dezentrale Erzeugung Erneuerbarer Energien in Baden-Württemberg vorange-  
223 trieben werden.

### 224 **3. Baustein: Stromnetze jetzt intelligent ausbauen!**

225 Die örtlichen Verteilnetze müssen auf die Erfordernisse einer verstärkten dezentralen Einspei-  
226 sung angepasst und ausgebaut werden. Die Photovoltaik trägt mit ihren 4 Gigawatt installierter  
227 Leistung über das Jahr hinweg bereits mit knapp fünf Prozent zum baden-württembergischen

228 Stromezeugungsmix bei. Schon heute müssen deshalb die Verteilnetze örtlich verstärkt wer-  
229 den, damit sie den eingespeisten PV-Strom sicher aufnehmen können.

230 Mit der schwankenden Stromerzeugung durch Erneuerbaren Energien hat das alte Prinzip der  
231 Energiewirtschaft, dass die Erzeugung dem Verbrauch folgt, ausgedient. Zukünftig müssen Ver-  
232 brauch und die Erzeugung synchronisiert werden – und die Erzeugung wird Erneuerbar sein.  
233 Das Stromnetz muss zukünftig die technischen Voraussetzungen erfüllen, damit die Verbrau-  
234 cherInnen auch ErzeugerInnen sein können – sei es mit einer Photovoltaikanlage, einem Block-  
235 heizkraftwerk (BHKW), einer Biogasanlage oder einer anderen Erzeugung. Dabei muss die Ein-  
236 speisung zu wettbewerbsneutralen und fairen Bedingungen sichergestellt sein. Für dieses Smart  
237 Grid sind die erforderlichen Techniken erst in der Entwicklung und in der Erprobung. Die For-  
238 schung in diesem Bereich muss deshalb forciert werden. Smart Meter, Smart Grids und SCADA-  
239 Systeme sind in besonderer Weise durch Manipulationsversuche und Angriffe von außen ge-  
240 fährdet. Wir werden daher ein umfangreiches Sicherheits- und Datenschutzkonzept einfordern  
241 und die Forschung auch in diesem Bereich vorantreiben.

242 Wir müssen Finanzierungshemmnisse beim Ausbau der Netze abbauen. Der Umbau und Aus-  
243 bau der örtlichen Stromnetze ist kostenträchtig. Nach der aktuellen Rechtslage bei der Netzent-  
244 geltregulierung fehlt den Netzbetreibern heute zum Zeitpunkt notwendiger Investitionsent-  
245 scheidungen die Finanzierungssicherheit. So kann der notwendige Netzausbau auf der Verteil-  
246 ebene nicht erfolgreich sein. Die Regulierung und damit die Refinanzierung des Netzausbaus  
247 über das Netznutzungsentgelt sowie die Anreizregulierung müssen den Erfordernissen der Ener-  
248 giewende angepasst werden. Dafür werden wir uns einsetzen. Bei der Finanzierung des Aus-  
249 baus der Stromnetze wollen wir auch die Bürgerinnen und Bürger beteiligen. Wir streben an,  
250 Netzmodernisierung mit der Altersvorsorge zusammenzubringen. Die Netzmodernisierung er-  
251 fordert beträchtliche Mittel, die nicht oder nur zum geringeren Teil aus öffentlichen Haushalten  
252 kommen können. Wir sehen ein Interesse an langfristigen, relativ sicheren Anlagemöglichkeiten.  
253 Typische Renditen eines Netzbetreibers sind dabei durchaus interessant für einen Pensions-  
254 fonds.

#### 255 **4. Baustein: Kapazitätsmärkte ermöglichen**

256 Seit Sommer letzten Jahres treiben wir bundesweit die Debatte um einen sogenannten Kapazi-  
257 tätsmarkt voran. Um Versorgungssicherheit zu gewährleisten benötigen wir parallel zum Aus-  
258 bau einer auf erneuerbare Energieerzeugung basierenden Stromversorgung zusätzlich flexible  
259 Erzeugungskapazitäten und Speichertechniken. Diese müssen die schwankende Stromerzeu-  
260 gung aus Sonne und Wind ausgleichen. Dies kann durch eine Vielzahl virtuell zusammen ge-  
261 schalteter Biogas- und Kraftwärmekopplungsanlagen sowie Gas- und Pumpspeicherkraftwerke  
262 erfolgen. Die Forschung zur Methanisierung von Windstrom muss hierzu voran getrieben wer-  
263 den, Kosten gesenkt und Umwandlungsverluste reduziert werden. Weil Pumpspeicherkraftwer-  
264 ke bei uns nur als Tagesspeicher zur kurzfristigen Überbrückung von ausgefallenen Erzeugung-  
265 kapazitäten dienen können und erhebliche Eingriffe in die Landschaft und Natur darstellen,  
266 werden neue Pumpspeicherkraftwerke insgesamt aber nur zu einem geringen Teil das Spei-  
267 cherthema der bevorstehenden Erneuerbaren Energiewirtschaft lösen können. Trotzdem ist uns  
268 Grünen klar, dass Pumpspeicherkraftwerke in Baden-Württemberg gebaut werden muss, um  
269 die Energiewende zu meistern.

270 Derzeit können neue Speicher- und Reservekraftwerke aber nicht rentabel betrieben werden.  
271 Immer mehr günstiger Erneuerbarer Strom im Netz senkt die Betriebszeiten von Ersatz- und  
272 Spitzenkraftwerken und macht diese unwirtschaftlich. Fehlende Investitionssicherheit führt aber  
273 zum Abbau wichtiger Ersatzkapazitäten bei der Erzeugung – neue Ersatzkapazitäten werden erst  
274 gar nicht aufgebaut. Es bedarf deshalb dringend neuer Marktmechanismen, mit denen nicht nur  
275 die Erzeugung von Strom, sondern auch die Bereitstellung von Erzeugungskapazitäten vergütet

276 wird. Erforderliche Reservekraftwerke und Speicher werden nur entstehen, wenn diese trotz ge-  
277 ringer Laufzeiten wirtschaftlich betrieben werden können. Zum Gelingen der Energiewende be-  
278 fürworten wir deshalb ein neues Marktdesign, das dies berücksichtigt.

#### 279 **5. Baustein: Kommunen und EnBW zusammen denken**

280 Auch wenn wir den EnBW-Deal von Stefan Mappus und der alten Landesregierung ökonomisch  
281 und energiepolitisch nach wie vor für falsch halten – er war zudem verfassungswidrig - und er  
282 ein erhebliches Risiko für das Land Baden-Württemberg darstellt, werden wir dennoch die  
283 Chancen für die Umsetzung der Energiewende nutzen, die sich aus der EnBW-  
284 Landesbeteiligung ergeben können. Es muss Ziel sein, dass die EnBW zum grünen Pionier in der  
285 energiewirtschaftlichen Landschaft Deutschlands wird. Dies stellt eine enorme Herausforderung  
286 für das Unternehmen und seine Mitarbeiter dar. Der Umbau der EnBW hin zu einem modernen  
287 Konzern, der konsequent den Weg der Erneuerbaren Energien beschreitet und das Themenfeld  
288 Energieeffizienz als mögliches neues Geschäftsfeld erschließt, wird unserer Überzeugung nach  
289 letztlich über die Zukunft der 22.000 Arbeitsplätze und die Zukunftsfähigkeit des gesamten  
290 Konzerns entscheiden.

291 Die EnBW unterstützen wir in ihrem Bestreben und treiben sie an, sich auf die zukunftssträchti-  
292 gen Geschäftsfelder umzustellen und in regenerative Energien, den Ausbau der Verteilernetze  
293 und in moderne und effiziente Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kopplung zu investieren. Wir  
294 wissen, dass am Ende nüchterne, wirtschaftliche Zahlen über Investitionen entscheiden, klar ist  
295 aber auch, dass die Zahlen für die Erneuerbaren Energien sprechen und nicht für Kohle – schon  
296 gar nicht für Atom. Die EnBW muss sich auf das Geschäft der dezentralen Energieerzeugung  
297 und Energiedienstleistungen einlassen. Sie muss zum fairen Partner und Dienstleister von Kom-  
298 munen und Bürgerinnen und Bürgern werden, sei es bei den Stromnetzen, bei Bürgersolaranla-  
299 gen, bei Bürgerwindrädern oder bei mehr Energieeffizienz. Mit einzelnen Projekten wie bei-  
300 spielsweise einem Photovoltaikpark in Leutkirch oder mit onshore-Windkraft bei Freudenstadt  
301 beginnt die EnBW dies bereits umzusetzen. Wir begrüßen deshalb ausdrücklich, dass die EnBW  
302 bereits über hundert Flächen im Land zum Ausbau von onshore-Windkraft im Blick hat und se-  
303 hen die EnBW als einen von vielen guten Wettbewerbern um windhöfliche Flächen. Sie soll da-  
304 bei investitionswillige BürgerInnen vor Ort mit ins Boot nehmen. Bei kommunalen Stromnetz-  
305 übernahmen bietet die EnBW inzwischen auch kommunalfreundliche Beteiligungen an. Die  
306 Gründung gemeinsamer Vertriebsgesellschaften mit Stadtwerken zur freien Vermarktung von  
307 lokal erzeugtem, grünem Strom unterstützen wir. Wir fordern Kooperation statt Konkurrenz,  
308 denn nur in einer vernünftigen Arbeitsteilung zwischen kommunalen Energiedienstleistern und  
309 EnBW wird die Energiewende gelingen. Wir appellieren deshalb an den Vorstand der EnBW, das  
310 Denken in den zentralistischen Strukturen der Atomwirtschaft zu überwinden.

311 Wir sind davon überzeugt, dass nur diejenigen Energiekonzerne, die sich auf die dezentrale Er-  
312 zeugung von erneuerbarem Strom einlassen, eine Zukunft haben. Wenn wir die Energiewende  
313 schnell schaffen wollen und die Gesellschaft auf die Füße der Erneuerbaren Energien stellen sol-  
314 len, ist eine Integration der EnBW in die Strukturen der Erneuerbaren Energien notwendig.  
315 Hierdurch würde die EnBW zu einem im Land verwurzelten Partner beim Netzausbau und ei-  
316 nem zuverlässigen Investor werden. Aber auch die EnBW kann dies nur zusammen mit den  
317 Kommunen, den Stadtwerken und einer breiten BürgerInnenbeteiligung schaffen. Das für die  
318 Energiewende im Land notwendige Kapital kann nur von den Kommunen, den Stadtwerken der  
319 EnBW und den BürgerInnen zusammen aufgebracht werden.

320 Wir unterstützen deshalb die Landesregierung in ihrem bisherigen Kurs bei der EnBW und er-  
321 warten vom Vorstand eine Unternehmensstrategie, die konsequent auf die Erneuerbaren Ener-  
322 gien setzt. Es war richtig, der Kapitalaufstockung bei der EnBW um 400 Millionen Euro von

323 Landesseite zuzustimmen. Nur so werden die nötigen Spielräume für einen konsequenten Ein-  
324 stieg in die Erneuerbaren Energien geschaffen.

325 Die EnBW muss die Kommunen als wichtigen Partner im Energiegeschäft und sich selbst als  
326 Energiedienstleister für Kommunen begreifen, damit nicht mehr nur über Augenhöhe gespro-  
327 chen wird, sondern diese auch zwischen Kommunen, Stadtwerken und EnBW gelebt werden  
328 kann. Wir werden die EnBW an ihren konkreten Geschäfts- und Investitionsentscheidungen  
329 messen und sie beim nötigen Umbau kritisch und mit Sachverstand konstruktiv begleiten. Wir  
330 bieten der EnBW dazu einen an der Sache orientierten Dialog an. Einen Freifahrtschein wird die  
331 EnBW – wie alle anderen Energieunternehmen auch – aber von uns Grünen nicht erhalten.

#### **6. Baustein: Investieren statt Kürzen**

332 Klar ist: Die Energiewende gibt es nicht zum Null-Tarif. Es bedarf in den kommenden Jahren  
333 erheblicher Investitionen in Sachen Klimaschutz sowohl von Seiten der Wirtschaft, der öffentli-  
334 chen Hand, aber auch von Seiten der privaten. Erste Schritte haben wir im ersten Jahr unserer  
335 Regierungszeit in Baden-Württemberg gemacht.

336 Grün-Rot hat die Haushaltsmittel im Landeshaushalt 2012 für die Energiewende, die Nachhalt-  
337 igkeit und den Klimaschutz um 13,5 Mio. Euro erhöht – davon 2,7 Mio. Euro Fördermittel zur  
338 Erhöhung der Energieeffizienz bei Gebäuden und durch Kraftwärmekopplung. Zur Erforschung  
339 von Energiespeichertechnologien wurden weitere 1,5 Mio. Euro eingestellt, für die Themen  
340 Elektromobilität und Wasserstoffinfrastruktur zusammen weitere 1,4 Mio. Euro. Weitere 2,2  
341 Mio. Euro mehr als bisher wurden für die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Natur-  
342 schutz bereitgestellt, die wichtige Grundlagen für die Energiewende liefert.

343 Die Bundesregierung hingegen stellt in den Haushalt des Forschungsministeriums weiter im-  
344 mense Mittel für atomare Technologien eingestellt, als gebe es in Deutschland keinen Beschluss  
345 zum Atomausstieg. Wenn die Bundesregierung diese Politik des Ausblutens der Energiewende  
346 nicht ändert, wird die Energiewende an die Wand fahren.

#### **7. Baustein: Effizienzrevolution anstoßen**

348 Wir brauchen eine Effizienzrevolution in Wirtschaft und privaten Haushalten, sonst wird es uns  
349 nicht gelingen, unsere selbst gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Denn auf den Gebäude-  
350 sektor entfallen mehr als ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Baden-Württemberg. Zum Erreichen  
351 der Klimaziele müssen deshalb im Wärmebereich massive Einsparungen und Effizienzgewinne  
352 erzielt werden. Mit der bisherigen Sanierungsrate bei Bestandsgebäuden von jährlich unter ei-  
353 nem Prozent wären erst in über 100 Jahren alle Gebäude im Land energetisch saniert. Der Kli-  
354 mawandel zwingt uns aber, hier schneller voranzukommen. Zur Erhöhung der Sanierungsrate  
355 im Land müssen wir die bestehenden Energieberatungen der Verbraucherzentrale sowie die  
356 Energie- und Klimaschutzagenturen in den Landkreisen besser als bisher miteinander vernetzen  
357 damit die vorhandenen Beratungsangebote für Gebäudeeigentümer und landwirtschaftliche  
358 Betriebe noch besser genutzt werden können. Mit den seit 1. April erhöhten Fördermitteln zur  
359 Energieeffizienz von Gebäuden strebt die Landesregierung an, ein Darlehensvolumen für ener-  
360 getische Sanierung im Umfang von 500 Millionen Euro jährlich auslösen. Die starke Nachfrage  
361 zeigt, dass wir auf einem guten Weg sind.

362 Mit der Weiterentwicklung des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes (EWärmeG) als ordnungsrechtli-  
363 cher Rahmen zur Nutzung erneuerbarer Energien bei der Erneuerung einer Heizungsanlage hin  
364 zu einer Betrachtung des ganzen Gebäudes und möglicher CO<sub>2</sub>-Einsparungen wollen wir dem  
365 Bund gegenüber bei der Novelle der Energieeinsparverordnung (EnEV) 2013 in eine Vorreiter-  
366 rolle gehen und diesen vor uns hertreiben.



367 Wir unterstützen eine Steuerentlastung für die energetische Gebäudesanierung. Diese kann je-  
368 doch nicht, wie vom Bund geplant, nur zu Lasten der Steuereinnahmen der Länder erfolgen.  
369 Über den Bundesrat werden wir uns für einen fairen Lastenausgleich zwischen Bund und Län-  
370 dern einsetzen.

371 Die öffentliche Hand muss bei der energetischen Gebäudesanierung in eine Vorreiterrolle gehen  
372 und der Bürgerschaft zur Sanierung der Privatgebäude positives\_Beispiel geben. Das Land muss  
373 deshalb die Kommunen bei der energetischen Gebäudesanierung überholen. Dabei müssen die  
374 Landesliegenschaften mit effizientem Mitteleinsatz vorbildlich saniert werden und sich Effizienz-  
375 standards in den Bereichen Wärmeschutz/Bauphysik, Heizungstechnik, Klimatisierung/Lüftung,  
376 Beleuchtungstechnik, Pumpen- und Antriebstechnik, Anlagenbetrieb, Nutzerverhalten als Stan-  
377 dard im ganzen Land durchsetzen. Kommunen wie Heidelberg, Freiburg und Tübingen sind hier  
378 mit entsprechenden Energieleitlinien weit voran und betreiben ein hochwirksames Energiema-  
379 nagement.

380 Weitere Effizienzgewinne müssen mit dem Ausbau der Kraftwärmekopplung und der Nahwär-  
381 meversorgung erreicht werden. Die vom Bund vorgelegte Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungs-  
382 Gesetzes (KWK-G) springt hier viel zu kurz. Für einen wirksamen Ausbau der KWK setzen wir  
383 uns über den Bundesrat für eine Erhöhung des KWK-Zuschlags, für bessere Förderbedingungen  
384 sowohl kleinerer als auch größerer KWK-Anlagen ein. Im Bereich der Wirtschaft ist es wichtig,  
385 dass Abwärme aus Industrieprozessen endlich der Wärmenutzung aus KWK finanziell für eine  
386 kommerzielle Nutzung gleichgestellt wird.

387 Um den Ausbau von KWK sowie Nah- und Fernwärmenetze weiter zu forcieren und finanzielle  
388 Anreize für Investitionen zu schaffen, hat die Landesregierung zusätzliche Mittel im Rahmen der  
389 2,7 Millionen Euro zusätzlicher Fördermittel zur Verfügung gestellt. Der Ausbau der KWK ist  
390 umso wichtiger, da viele kleine bis mittelgroße, virtuell zusammen geschaltete KWK-Anlagen  
391 mit entsprechenden Wärmespeichern im stromgeführten Betrieb Großkraftwerke ersetzen kön-  
392 nen. Wir halten, wie Untersuchungen der Privatwirtschaft belegen, einen Ausbau der Kraft-  
393 wärmekopplung bis zum Jahr 2022 auf eine elektrische Leistung von 3.000 MW für möglich.  
394 Dies entspricht einem Zubau von durchschnittlich 300 Megawatt pro Jahr - bei Privatinvestitio-  
395 nen von jährlich 600 Millionen Euro. Allein schon mit diesem Ausbauziel kann der Wegfall der  
396 weiteren zwei Atomkraftwerksblöcke in Baden-Württemberg bis 2022 kompensiert werden.

#### 397 **8. Baustein: Energiewende in BürgerInnenhand**

398 Uns Grünen ist klar: Die Energiewende geht nur mit den Bürgerinnen und Bürger gemeinsam.  
399 Ob beim Netzausbau, bei zusätzlichen Pumpspeicherkraftwerken oder der Errichtung von  
400 Windkraftanlagen: die Bürgerinnen und Bürger haben ein berechtigtes Anliegen überall mitzu-  
401 gestalten und mitzuentscheiden – z.B. auch durch die Gründung von Bürgerenergiegenossen-  
402 schaften und deren Mitwirken und Mitgestalten bei der Energiewende. Mit der Energiewende  
403 bieten sich Chancen, neue Beteiligungsmodelle und genossenschaftliche Strukturen verstärkt  
404 auch in der Energiewirtschaft zu etablieren. Wir wollen, dass nicht nur die großen Konzerne von  
405 der Energiewende profitieren, sondern dass die Bürgerinnen und Bürger die Energieversorgung  
406 auch selbst in die Hand nehmen und so an der Wertschöpfung der regenerativen Energiepro-  
407 duktion teilhaben können.

408 Mit der Politik des Gehörtwerdens haben wir Grünen den richtigen Ansatz, um auf die heute  
409 noch offenen und in Zukunft neu entstehenden Fragen der Energiewende durch kluge Ideen  
410 und Innovationen aus Gesellschaft, Wirtschaft und der Wissenschaft Antworten zu geben. Ge-  
411 meinsam mit den Menschen im Land wollen wir die große Aufgabe der Energiewende meistern.  
412 Schon in der Phase der Planung werden wir mit lokalen Bürgerinitiativen, Umwelt- und Natur-  
413 schutzverbänden und anderen relevanten Interessensgruppen in Dialog treten. Wir wollen  
414 transparent über strukturelle und bauliche Vorhaben aufklären und gleichzeitig Bürgern und

415 Verbänden die Chance geben ihren Anregungen und Bedenken frühzeitig Gehör zu verschaffen  
416 und die Energiewende in ihrer Region aktiv mitzugestalten.

#### 417 **9. Baustein: Neue Energie für den ländlichen Raum**

418 Gerade für den ländlichen Raum sehen wir Grüne mit der Energiewende auch riesige Entwick-  
419 lungschancen. Vom Ausbau der Windkraft beispielsweise und den damit verbundenen Gewer-  
420 besteu- und Pachteinnahmen wird der ländliche Raum, die Kommunen und die dort lebende  
421 BürgerInnenschaft am meisten profitieren. Für die Förderung der energetischen Nutzung von  
422 Biomasse in ihrer ganzen Vielfalt, von Holzpellets über Biodiesel und Bio-Ethanol braucht es fes-  
423 te Leitsätze, damit sie nicht zu negativen Folgen für Naturschutz, Landschaft, Klima und einer  
424 massiven Verdrängung der Nahrungsmittelproduktion führen. Leitsatz Nummer eins ist daher  
425 die vorrangige Nutzung von Reststoffen oder anderweitig nicht benötigten Flächen für Energie-  
426 gewinnung. Zweitens muss bei der energetischen Nutzung der Biomasse ein landschaftlicher  
427 oder ökologischer Mehrwert entstehen. Mit der Energiewende und der Abkehr von wenigen,  
428 großen Erzeugungseinheiten geht die Energieerzeugung in die Fläche in viele, viele kleinere Ein-  
429 heiten. Die Stromerzeugung durch Solarenergie ist eine große Chance für den ländlichen Raum  
430 – ist doch die Produktion auf die Fläche gerechnet um den Faktor 17 effizienter als durch Mais  
431 für Biogasanlagen. Auch Wasserkraftpotentiale können nur dort genutzt werden, wo sie vor-  
432 handen sind. Biogasanlagen, die ökologisch Sinn machen, werden verstärkt im ländlichen Raum  
433 anzutreffen sein. Die vielen Möglichkeiten der lokalen Wertschöpfung werden einen ganz neu-  
434 en Blick auf die Energiewende richten. Bisher wirtschaftlich schwächere, ländliche Räume wer-  
435 den von der Energiewende profitieren können. Dadurch wird neue Infrastruktur und Entwick-  
436 lungsperspektive im ländlichen Raum entstehen. Die Attraktivität von „Leben auf dem Land“  
437 kann mit der von uns Grünen vorangetriebenen Energiewende so erhalten bzw. gesteigert wer-  
438 den.

#### 439 **10. Baustein: Nachhaltig und klimaneutral mobil**

440 Rund 30 Prozent der in Baden-Württemberg ausgestoßenen CO<sub>2</sub>-Emissionen geht auf das Kon-  
441 to des Verkehrs, und die Tendenz geht steil nach oben. Denn während in anderen Bereichen  
442 seit 1990 der CO<sub>2</sub>-Ausstoß rückläufig ist, steigen die Emissionen im Verkehr weiter an. Wir sind  
443 deshalb überzeugt, dass der Kampf gegen den Klimawandel nur erfolgreich sein wird, wenn es  
444 uns gelingt, die lange geforderte Verkehrswende endlich Wirklichkeit werden zu lassen. Dazu  
445 gehören eine Verlagerung des Verkehrs auf umweltschonende Mobilität (wie Schiene, ÖPNV,  
446 Elektromobilität, Fahrrad oder Carsharing) sowie eine verbesserte Vermeidung und Steuerung  
447 von Verkehr. Wir müssen deshalb die Verkehrs- und die Energiewende gerade im Automobil-  
448 land Baden-Württemberg zusammen denken. Der Weiterentwicklung der Elektromobilität fällt  
449 eine wichtige Rolle beim Klimaschutz zu – auch wenn wir uns dessen bewusst sind, dass die  
450 Elektromobilität nicht alleine das Speicherproblem lösen wird. Deshalb ist es richtig, dass wir in  
451 den nächsten vier Jahren in Baden-Württemberg 50 Millionen Euro in die Erforschung und An-  
452 wendung der Elektromobilität stecken. Dennoch wird die E-Mobilität nur ein echter Erfolg für  
453 den Klimaschutz sein, wenn es uns gelingt, deutlich schneller die Energiewende voranzutreiben.  
454 Denn ein E-Auto, ein mit Gas betriebenes Auto oder der Schienenverkehr ist nur dann klima-  
455 freundlich, wenn der Strom aus Erneuerbaren Energien stammt. Dies bedeutet für uns in Baden-  
456 Württemberg eine große Herausforderung, denn der Einstieg in die Elektromobilität bedeutet,  
457 dass die Automobilindustrie und die Energiewirtschaft langsam zusammen wachsen. Dieser  
458 Herausforderung wollen wir uns aktiv stellen und den mit der Automobilindustrie begonnenen  
459 Dialog über die Zukunft des Automobil- und Energielandes Baden-Württemberg weiterführen.

#### 460 **Den Atomausstieg sicherheitsorientiert umsetzen**

461 Mit der Abschaltung der acht unsichersten Atomkraftwerke in Deutschland und einem Ab-  
462 schaltplan für die verbleibenden neun AKW bis 2022 hat Deutschland einen entscheidenden

463 Schritt in Richtung Schutz vor dem atomaren Risiko gemacht. Die nach Fukushima von der  
464 Bundesregierung ebenfalls versprochenen verstärkten Sicherheitsanforderungen an die noch in  
465 Betrieb befindlichen atomaren Anlagen in Deutschland lassen allerdings auf sich warten. Die  
466 durchgeführten Stresstests der noch laufenden AKW haben bis heute keine essentiellen Konse-  
467 quenzen gezeitigt. Für die Zwischenlager und andere atomare Anlagen wie die Urananreiche-  
468 rungsanlage in Gronau, die Brennelementefabrik in Lingen, Wiederaufarbeitungsanlage und  
469 Verglasungsanlage in Karlsruhe ist der Fragenkatalog der Entsorgungs-Kommission (ESK) für die  
470 Stresstests endlich fertiggestellt. Prüfkriterien gibt es jedoch nicht. Ohnehin ist ein ehrenamtli-  
471 ches Gremium nicht in der Lage, eine fundierte Überprüfung von atomaren Anlagen vorzuneh-  
472 men. Das Versprechen höherer Sicherheitsauflagen wird vom BMU bisher systematisch ver-  
473 schleppt. Wir fordern vom neuen Bundesumweltminister Altmaier die Sicherheit betriebener  
474 atomarer Anlagen ernst zu nehmen. Die schon durchgeführten und die noch durchzuführenden  
475 Stresstests müssen ausgewertet werden und noch in dieser Legislaturperiode zu Konsequenzen  
476 führen. Nicht nachvollziehbar ist, dass das Zwischenlager Hauptabteilung Dekontaminationsbe-  
477 triebe auf dem Gelände des KIT in Karlsruhe erst später erfasst werden soll. Das derzeitige Ge-  
478 fährdungspotential dieses Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktiven Müll ist größer  
479 als das anderer Anlagen (z.B. VEK, PKA), die jetzt untersucht werden sollen. Auch die HDB  
480 muss diesem Stresstest jetzt unterzogen werden!

481 Eine bundesweite Untersuchung welche Zwischenfälle von Betreiber und jeweiliger Atomauf-  
482 sicht zu Unrecht als nicht meldepflichtig behandelt wurden, ist nach den inzwischen aktenkun-  
483 digen Vorfällen in Philippsburg überfällig. Angesichts der diesen Vorgängen in der Vergangen-  
484 heit zugrunde liegenden Sicherheitskultur sehen wir Grüne dringenden Aufklärungs- und Hand-  
485 lungsbedarf. Es wäre eigenartig, wenn nur in dem Land, in dem seit dem Regierungswechsel ein  
486 grün geführtes Ministerium solchen Missständen nachgeht, Zwischenfälle zu unrecht nicht ge-  
487 meldet worden wären. Es ist unwahrscheinlich, dass Philippsburg der einzige Problemfall unter  
488 lauter Musterknaben ist – deshalb muss untersucht werden. Eine solche Analyse und Aufarbei-  
489 tung ist erforderlich, um ein bundesweites Lernen aus Fehlern als wesentliches Element von Si-  
490 cherheit zu ermöglichen.

491 In der schwarz-gelben Bundesregierung scheint die Ansicht zu herrschen, man habe den Atom-  
492 konzernen mit dem Ausstiegsbeschluss genug zugemutet. Mit der Sicherheit atomarer Anlagen  
493 ist aber nicht zu spaßen. Die Erhöhung der Sicherheitsanforderungen und entsprechende Nach-  
494 rüstungen müssen 15 Monate nach Fukushima endlich angepackt werden.

#### 495 **Atomausstieg Europaweit voranbringen - Fessenheim abschalten!**

496 Wir Grünen sehen, dass es trotz des im nationalen Konsens beschlossenen Atomausstiegs noch  
497 viel zu tun gibt. Auch wenn wir uns in Deutschland auf den Weg gemacht haben zu einer Ener-  
498 gieversorgung ohne Atomkraft, setzen einige unserer europäischen Partner weiterhin auf die  
499 Nutzung dieser Hochrisikotechnologie. Wir Grünen wollen den Ausstieg europaweit vorantrei-  
500 ben.

501 Wir Grünen in Baden-Württemberg sehen mit der Wahl von François Hollande zum Präsidenten  
502 Frankreichs einen Silberstreif am Horizont der atompolitischen Debatten in Europa. Mit Hollan-  
503 de besteht somit endlich die Chance, dass in die gesellschaftliche Diskussion über die Nutzung  
504 der Atomkraft bei unserem linksrheinischen Nachbarn Bewegung kommt. Frankreich ist mit bis-  
505 her 58 Atomkraftwerken derjenige europäische Partner, der am stärksten auf die Atomkraft  
506 setzt. Das alte AKW Fessenheim will Hollande aus Sicherheitsgründen innerhalb der nächsten  
507 fünf Jahre abschalten. Wir werden uns bei unserem französischen Partner dafür einsetzen, dass  
508 die Abschaltung so schnell wie möglich erfolgt. Wir Grünen in Baden-Württemberg wollen, dass  
509 Fessenheim endlich abgeschaltet wird! Im Zuge der bevorstehenden Sicherheitsdebatte in  
510 Frankreich halten wir es für notwendig, dass die Kriterien des europäischen Stresstests für

511 Atomkraftwerke wieder auf die politische Agenda kommen und sicherheitstechnische Aspekte  
512 zukünftig eine größere Rolle spielen als politische.

513 Nach der Analyse des Max-Planck-Instituts in Mainz, die zum Ergebnis kommt, dass das Risiko  
514 eines nuklearen Unfalls alle 10 bis 20 Jahre wahrscheinlich ist, trägt der Südwesten Deutsch-  
515 lands weltweit das höchste Risiko. Dazu tragen besonders die französischen AKW Fessenheim  
516 und Cattenom und das Schweizer AKW Beznau<sup>1</sup> bei. Hier ist auch die Bundesregierung in der  
517 Pflicht sich für die Abschaltung der überalterten grenznahen AKW einzusetzen. Darüber hinaus  
518 erwarten wir von der Regierung eines Landes, dessen Parlament in solch großer Mehrheit den  
519 Ausstieg aus der Atomkraft beschlossen hat, dass sie sich für einen koordinierten internationalen  
520 Atomausstieg stark macht.

521 Die Grünen setzen sich auf allen Ebenen, auch in ihren Regierungsbeteiligungen, dafür ein, dass  
522 als wesentliche Voraussetzung für den AKW-Betrieb eine deutlich erhöhte Haftpflichtversiche-  
523 rung vorhanden sein muss. Falls die Betreiber auf dem Markt keinen Versicherer finden, müssen  
524 Sie sich gegen Gebühr beim Staat versichern.

525 Die Mitglieder der Landesregierung im Aufsichtsrat der EnBW sorgen im Rahmen ihrer Mög-  
526 lichkeiten für die konsequente Ausrichtung des Unternehmens auf regenerative Energien, bür-  
527 gerInnenfreundliche Kooperation bei kommunalen Energienetzen und die Förderung von Ener-  
528 gieeinsparungen/Energieeffizienz.

529 Die Atomkraftwerke in Baden-Württemberg emittieren im Normalbetrieb nicht unerhebliche  
530 Mengen an Tritium (radioaktiver Wasserstoff). Das Landesumweltministerium widmet sich zeit-  
531 nah dem Problem des Eintrags von Tritium in die Umwelt. Dazu soll auch die Einrichtung eines  
532 Lehrstuhls für Strahlenbiologie geprüft werden, an dem zu den Auswirkungen von künstlicher  
533 Radioaktivität auf den menschlichen Körper geforscht wird. Der dabei erworbene internationale  
534 Wissensvorsprung und die entstehenden Arbeitsplätze stellen den Atomausstieg und die Ener-  
535 giewende dabei auch wissenschaftlich auf eine solide Basis.

### 536 **Kretschmanns Initiative zur Endlagersuche nutzen!**

537 Mit der Regierungsübernahme durch Grün-Rot in Baden-Württemberg wurde erstmals in  
538 Deutschland die Möglichkeit einer vergleichenden ergebnisoffenen Endlagersuche eröffnet. Das  
539 Novum: die Bereitschaft, das eigene Land für die Suche nach einem Endlager für hochradioakti-  
540 ven Müll zur Verfügung zu stellen, steht im baden-württembergischen Koalitionsvertrag. "Der  
541 Wechsel beginnt" auch in der verkorksten und festgefahrenen Endlager-Situation in Deutsch-  
542 land. Im Herbst 2011 wurde die Schwarz-Gelbe Bundesregierung auf Druck von Winfried Kre-  
543 tschmann angesprochen, die Initiative aufzugreifen. Seitdem wird in einer Bund-Länder-  
544 Kommission verhandelt, es werden Entwürfe geschrieben und verbessert, auf vielen verschiede-  
545 nen Ebenen ausgelotet, was im Sinne der Sache notwendig und was der Gesamtgesellschaft  
546 und den einzelnen Ländern zumutbar ist.

547 Drei Dissenspunkte sind für uns Grüne jedoch bisher leider immer noch nicht zustimmungsfähig  
548 aufgelöst. Wir wollen, dass die Ergebnisse des AK End, die in einem breiten und allgemein aner-  
549 kannten öffentlichen Diskussionsprozess erarbeitet wurden, die Grundlage für den Endlager-  
550 suchprozess sein sollen. Zudem fordern wir ein Ende des Streits um die Behördenstruktur. Ent-  
551 scheidend für einen breiten, gesellschaftlichen Konsens zum Endlager-Standort wird der Um-  
552 gang mit Gorleben sein. Gorleben ist ein vorbelasteter Standort und muss glaubwürdig von der  
553 Vorfestlegung befreit werden, damit ein annähernd gleichwertiger Vergleich mit anderen  
554 Standorten überhaupt stattfinden kann. Dieser Vergleich kann nur allein auf der Grundlage wis-  
555 senschaftlicher Kriterien erfolgen. Wir Grüne sind uns sicher, dass Gorleben dem Kriterienkata-  
556 log nicht standhalten wird.

557 Als Grüne haben wir ein großes Interesse daran, das Endlagersuchgesetz noch in dieser Legisla-  
558 turperiode des Bundestags auf den Weg zu bringen.

559 Die Initiative von Winfried Kretschmann lässt sich nicht ohne weiteres wiederholen. Bleibt die  
560 jetzige Chance ungenutzt, ist sie höchstwahrscheinlich für lange Zeit vertan. Das Gesetz, dem  
561 Bundestag und Bundesrat zustimmen müssen, wird es nur als Kompromiss zwischen den diver-  
562 sen Interessen geben. Das ist uns bewusst. Allerdings muss ein Gesetz mit einer solch prospekti-  
563 ven Verantwortungsübernahme zu Ende gedacht und ausdiskutiert sein, bevor es beschlossen  
564 werden kann. Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit.

#### 565 **Mit Grünen Bausteinen die Energiewende meistern**

566 Es gilt, die Energiewende weiterzudenken, sie voranzutreiben, Denkblockaden aufzulösen und  
567 die schwarz-gelben Blockaden im Bund zu lösen. Der Einstieg in die Erneuerbaren Energien darf  
568 nicht verpasst werden, denn er ist wichtig für unser Klima und eine Garant für neue, zukunfts-  
569 fähige Arbeitsplätze. Deshalb wollen wir Grünen uns gegen die alten Kräfte der Atom- und  
570 Kohlelobby und ihre politischen HelferInnen durchsetzen. Die Zukunft ist erneuerbar!